Nr. 40. — 5. Jahrgang. Mittwoch, 18. Februar 1885.

Chemnitzer Anzeiger und Stadtbote.

Unparteiisches Tageblatt für Chemnitz und Umgegend

besonders für die Vororte: Altchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Borna, Ebersdorf, Furth, Gablenz, Glösa, Helbersdorf, Hilbersdorf, Kappel, Neustadt, Schönau

Die Abonnenten erhalten mit dem Anzeiger allwöchentlich **4 Unterhaltungs-Blätter,** sowie das 8seitige, reichillustrirte humoristische **Anzeiger-Bilderbuch.**

Abonnementsbestellungen, vierteljährl. 150 Pf. (Extr. 40 Pf.), monatl. 50 Pf. (Extr. 15 Pf.), nehmen an die Verlagsexpedition und Ausgabestellen in Chemnitz und obigen Vororten. Außerhalb dieser Orte kann der Anzeiger nur bei den Postanstalten — Postzeitungs-Preisliste für 1885 Nr. 1114 — bestellt werden. In Oesterreich-Ungarn ist der Chemnitzer Anzeiger zum Abonnementspreise von vierteljährlich 1 Gulden 54 Kr., monatlich 52 Kr. (exkl. Agiozuschlag) durch die Postanstalten zu beziehen.

Insertionspreis: die schmale (1spaltige) Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfennige. — Unter Eingesandt pro Zeile 30 Pfennige. — Auf große Annoncen und Wiederholungen Rabatt. — Annoncen-Annahme für die nächste Nummer bis Mittag. — Ausgabe jeden Wochentag Nachmittag. **Annoncenbestellungen** von auswärts wolle man den Insertionsbetrag stets beifügen (kleinere Beträge in Briefmarken) je 8 Silben der gewöhnlichen Korpusschrift bilden eine Zeile und kosten 15 Pfennige.

Verlags-Expedition: **Alexander Wiede,** Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Kasino).

Bekanntmachung.

Von den Haushaltplänen der Stadtgemeinde und der Schulgemeinde auf das Jahr 1885 werden Druckexemplare, soweit der Vorrath reicht, auf Verlangen in der Stadtbuchhalterei unentgeltlich abgegeben.

Chemnitz, am 13. Februar 1885.

Der Rath der Stadt Chemnitz.
Andrä, Dr., Oberbürgermeister. Jähn.

Steckbrief.

Gegen den Agenten Anton Manilius Bock, zuletzt hier, in Mittweida bei Scheibenberg am 18. April 1842 geboren, welcher flüchtig ist, bez. sich verborgen hält, ist die Untersuchungshaft wegen gewinnsüchtiger Privaturkundenfälschung verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und dem nächsten Amtsrichter zuzuführen.

Chemnitz, den 14. Februar 1885.

Königliche Staatsanwaltschaft.
Liebe. Rchtr.

Oeffentliche Zustellung.

Der Färbereibesitzer Emil Dehnert zu Mittweida, vertreten durch den Rechtsanwalt Schneider daselbst, klagt gegen den Buchdrucker Emil Neuhaus, früher in Mittweida, jetzt unbekannten Aufenthalts, wegen einer Darlehnsforderung von 500 M. s. A. mit dem Antrage auf Verurtheilung des Beklagten zur Bezahlung von 500 M. sammt Zinsen zu 4% v. H. jährlich vom 6. Januar 1883 und zur Tragung der Rechtsstreitskosten, sowie die Auszahlung des bei dem Königl. Amtsgericht Mittweida hinterlegten Betrags von 300 M. s. A. an den Kläger geschehen zu lassen, ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die Zweite Zivilkammer des Königlichen Landgerichts zu Chemnitz auf

Dienstag, den 21. April 1885 Vormittags 9 Uhr

mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Chemnitz, den 14. Februar 1885.

Steinmetz, Gerichtsschreiber des Königlichen Landgerichts.

Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

Vom 17. Februar.

Wien. Der Kaiser stattete dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe und der Gräfin Taaffe anläßlich deren silberner Hochzeit einen Besuch ab.

Paris. Nach einer Meldung aus Shanghai ist dort das Gerücht von einem Gefecht zwischen den französischen und chinesischen Schiffen in der Nähe von Sheipos verbreitet. Ueber das Resultat verlautete noch nichts.

Rom. Wie die „Agenzia Stefani" meldet, hat der Minister des Aeußern, Mancini, gegenüber der wiederholten, mündlichen Reklamation des türkischen Geschäftsträgers wegen der Besetzung von Massauah an die frühere spontane Erklärung Italiens in dieser Frage erinnert und hinzugefügt, daß die Besetzung in Folge der in jenen Gegenden gestörten Ordnung erfolgt sei, und daß Italien von den Vorstellungen der Pforte zu Gunsten der Rechte des Sultans, die man nicht außer Acht zu lassen beabsichtige, Akt genommen habe. Mancini sprach gleichzeitig die Hoffnung aus, daß dieser Zwischenfall durch den Austausch von Erklärungen beider Mächte in befriedigender Weise geregelt werden könnte.

London. Wie das Bureau Reuter erfährt, hat die englische Regierung endgiltig den Bau einer Eisenbahn von Suakin nach Berber beschlossen. Die bezüglichen Arbeiten würden sofort begonnen.

London. Wie das Reuter'sche Bureau aus Kairo meldet, ist auf Wunsch des Generals Wolseley Hassan Pascha das Kommando über ein egyptisches Kavalleriekorps für die Expedition im Sudan angeboten worden. Die bezüglichen Verhandlungen, welche seit gestern stattfanden, haben dazu geführt, daß Hassan das Kommando angenommen hat. Derselbe soll zuerst die Annahme davon abhängig gemacht haben, daß 4000 Türken eingestellt würden. Wie es heißt, würde Hassan den Titel General Gouverneur des Sudans führen. Von dieser Maßregel wird ein guter Eindruck auf die Bevölkerung des Sudans erwartet, da dieselbe den Beweis liefern soll, daß England die Eroberung des Sudans nicht für sich beabsichtige.

London. Heute fand ein Kabinetsrath statt. Gladstone richtete ein Schreiben an die ministerielle Partei, worin es heißt, daß sofort nach Zusammentritt des Parlaments am 19. Februar Dinge von äußerster Wichtigkeit dessen Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen würden. „Times" meldet aus Alexandrien: Prinz Hassan wird entgegen der Meldung des Bureau Reuter, wonach derselbe das Kommando des egyptischen Kavallerie-Korps annehme, als Zivilkommissar des Khedives Wolseley's Stabe beigegeben.

London. Ein kleines Pulvermagazin ist in Gibraltar explodirt. Es wurden neun Soldaten und acht Zivilisten getödtet.

Petersburg Die Gerüchte über einen Vormarsch der Russen auf Herat und über ihre Absicht, Herat unter russisches Protektorat zu stellen, werden von bestunterrichteter Seite als durchaus unrichtig bezeichnet.

(Weitere Telegramme siehe am Schluß des redaktionellen Theiles.)

Der Kongo.

Das letzte Hinderniß für den erfolgreichen Abschluß der Berliner Kongo-Konferenz, deren eminente Tragweite für die Ausbreitung der Kultur und für die Weltwirthschaft allgemein anerkannt wird, ist endlich beseitigt. Ein Telegramm aus London meldet soeben die mit großer Spannung erwartete Anerkennung der afrikanischen Kongo-Gesellschaft von Seiten Portugals. Unser Reichskanzler kann also mit voller Befriedigung auf das nach viermonatlicher gemeinschaftlicher Arbeit vollendete Werk zurückblicken und das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, der Zivilisation und dem Handel einen sicheren Weg in das zentrale Afrika gebahnt und uns den entsprechenden Antheil hierbei verschafft zu haben. Angesichts dieser neuen Theilung der Erde, wie sie sich unter den Augen der Zeitgenossen vollzieht, wird eine zusammenfassende Darstellung der Ereignisse und Entdeckungen im Kongo erwünscht sein, bei welcher wir einen orientirenden Aufsatz aus dem „Auslande" zu Grunde legen.

Noch vor wenigen Jahrzehnten war der Kongo, dieser gewaltigste Strom Südafrikas, auf welchem heutzutage Aller Augen gerichtet sind, kaum in seinem Mündungsgebiet näher bekannt. Vor zehn Jahren brach Stanley von Zanzibar nach den großen Binnenseen Ostafrikas auf mit der Absicht, womöglich den ganzen Kontinent zu durchreisen und zu ermitteln, ob der Lualaba Livingstones der Kongo sei. Wir wußten damals noch wenig von dem zentralen oder dem westlichen Afrika. Die auf den Karten punktirt bezeichneten Läufe der Ströme und Gebirge waren aus der Einbildungskraft und den unbestimmten Berichten der Eingeborenen geschöpft. Schweinfurth hatte den Sudan und Darfur und die westlichen Arme des Nil erforscht; allein beinahe ganz Afrika südlich von Algerien und westlich vom Nil und den großen Seen war uns unbekannt. Seither ist Stanley dem Lauf des Kongo von den großen Seen nach dem westlichen Afrika und bis zum Ozean über 400 geographische Meilen weit gefolgt.

Die Engländer haben den Niger und seinen Zufluß, den Binue oder Benue beinahe bis zum Tschad-See durchforscht, während Kapitän Cameron von Zanzibar aus den ganzen Kontinent südlich von der Wasserscheide des Kongo bis an den atlantischen Ozean in Benguela durchreist hat. Die Portugiesen sind unter den Herren Capello und Ivens und de Sepra Pinto von Benguela unter 12° s. Br. ungefähr 60 geographische Meilen südlich vom Kongo aufgebrochen, haben den Kontinent zwischen dem 12. und dem 15° s. Br. durchmessen und einen ungeheuren Landstrich und das Thal von zwei großen nördlich fließenden Strömen durchforscht, wurden aber von den Eingeborenen abgehalten, diese Gewässer bis zu ihrer Vereinigung mit dem Kongo zu verfolgen.

Wir besitzen nun eine allgemeine Kenntniß von Afrika vom 10° nördlich vom Aequator bis zum Kap der guten Hoffnung, mit Inbegriff des zentralen und südlichen Afrika, und nur das Gebiet südlich von Algerien und der westliche Sudan jenseits Darfur sind uns noch theilweise eine unbekannte Welt. In diese Region aber streben die Franzosen von Algerien und die Deutschen von Egypten aus, als Forschungsreisende einzudringen und in kürzester Zeit wird nun Afrika, so weit es seine allgemeinen Charakterzüge betrifft, erforscht sein.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich. Reichstag. Die zweite Berathung der Zolltarifnovelle (Getreidezölle) wird fortgesetzt. Abg. Günther (Reichspartei) führt aus, daß der vorgeschlagene Roggenzoll die in landwirthschaftlichen Kreisen daran geknüpften Hoffnungen nicht voll erfüllen werde, ebenso wenig aber auch die von der Gegenseite geäußerten Befürchtungen, und begründet dann den Antrag der wirthschaftlichen Vereinigung, den Zoll auf Roggen und Weizen gleichmäßig auf 3 Mark für den Doppelzentner festzusetzen. Wenn man für beide Getreidesorten verschiedene Zollsätze einführe, so müsse man auch verschiedene Zollsätze für Mehl festsetzen. Redner weist das hohe Interesse nach, welches gerade die deutsche Industrie an der Blüthe der Landwirthschaft habe. Wenn sich der Körnerbau mehr und mehr ausdehne, würden Hunderte von Millionen im Lande bleiben, die der Industrie zu Gute kommen. Die Erhaltung des inländischen Absatzgebietes sei mehr werth, als die des amerikanischen, welches ja doch dereinst mit der Entwickelung der Industrie in Amerika nach und nach verloren gehen werde. Wenn Sie das Spiel an der Börse, schließt Redner, nicht höher schätzen, als die ehrliche produktive Arbeit, dann stimmen Sie der Zollerhöhung und speziell dem Satze von 3 Mark für beide Getreidesorten zu. (Beifall rechts, Zischen bei den Freisinnigen.) Abg. Wiemer (Sozialdem.) bekämpft die Zollerhöhungen. Wenn man dem Bauernstande helfen wolle, so solle man ein sogenanntes Heimstättengesetz schaffen. Holtzmann habe bereits sehr richtig ausgeführt, daß Sachsen zwei Drittel seines Getreidebedarfs einführen müsse. Dr. Frege habe gesagt, daß die Getreideproduktion gesteigert werden könne; aber das geschehe dann auf Kosten anderer Betriebe, und wenn mehr Getreide gebaut werde, so werde auch das Angebot vermehrt und somit den Bauern nichts genützt. Nur dem Großgrundbesitzer kämen die Zölle zu Gute. Die Erhöhung der Getreidezölle gebe der Linken, besonders den Sozialdemokraten eine mächtige Waffe. Abg. v. Fischer (nat.-lib.): Er sei kein Agrarier, aber man müsse doch den Thatsachen Rechnung tragen, daß die Getreidepreise heute niedriger stehen als je und daß die Produktionskosten nicht mehr gedeckt werden. Man rathe zum Uebergang, zu einem anderen Betriebe. Das sei leicht gesagt. Auch sei es eine Grausamkeit, zu fordern, die deutsche Landwirthschaft solle mit ihren Traditionen brechen, weil man aus theoretischen Gründen ihr die nothwendige Hilfe versagt. Es sei nicht wahr, daß die Zölle speziell im Interesse des Großgrundbesitzes verlangt würden; sie würden namentlich auch in Süddeutschland gefordert, wo der Großgrundbesitz weniger in Frage komme wie in Norddeutschland. In Süddeutschland habe sich selbst die Volkspartei zu den Getreidezöllen freundlich stellen müssen, sonst wären die Herren nicht hier. (Widerspruch bei den Volksparteilern.) Stimmen Sie den Erhöhungen zu, Sie werden damit den kleinen Mann nicht schädigen, der ganzen Nation aber nützen. (Beifall.) Abg. Lorenzen (deutsch freis.) stellt in Abrede, daß in Schleswig-Holstein ein landwirthschaftlicher Nothstand bestehe, dem durch Zölle abgeholfen werden könne. Wenn die Regierung Finanzzölle brauche — und er wolle ihr solche nicht versagen — so möge sie dieselben auf Luxusgegenstände legen. Graf zu Stolberg-Wernigerode (kons.): In unserer Zeit herrsche Ueberproduktion und zwar in allen Ländern; da müsse es unsere Aufgabe sein, unserer Produktion zunächst das heimische Absatzgebiet zu erobern, und dann unseren Export zu erweitern. Abg. Thomsen (deutsch-freis.) erklärt sich prinzipiell gegen jeden Zoll, der nothwendige Lebensmittel vertheure. Die Landwirthschaft bedürfe des Zolles nicht, sie habe keine bevorrechtete Stellung zu beanspruchen. (Beifall links.) Staatssekretär von Burchardt weist die Behauptung Dirichlet's zurück, wonach die zur Begründung der Vorlage gegebenen Zahlen unrichtige seien. Die verbündeten Regierungen hätten für Roggen nur eine Verdoppelung des Zolls beantragt, weil die Nothlage des Weizenbaues stärker sei, als die des Roggenbaues und weil die Erhöhung des Weizenzolls auch dem Roggen durch eine Erhöhung der Nachfrage nach solchem indirekt zu Gute komme, endlich auch mit Rücksicht darauf, daß der spanische Handelsvertrag unseren Roggenzoll gegenüber den meistbegünstigten Nationen bindet. Die verbündeten Regierungen würden indeß, wenn das Haus die Erhöhung des Roggenzolls auf 3 Mark beschließe, dem keinen Widerstand entgegensetzen. Fürst von Hatzfeldt-Trachenberg (Reichspartei) motivirt gegenüber seiner früheren Haltung seine Stellungnahme zur gegenwärtigen Vorlage mit der zweifellosen Nothlage der Landwirthschaft. Sie wollten keine Vertheuerung der nothwendigsten Lebensmittel. Rickert bekämpft dann die Ausführungen des Reichskanzlers, nach denen die deutschen Ostseestädte durch Zoll nicht gelitten hätten. In großen Prinzipienfragen lerne man nicht mehr. Er wiederholt, daß die Vorlage nur dem Großgrundbesitzer zu Gute komme. Möge man seine Partei verlachen oder Volksaufwiegler nennen, sie würde nach wie vor gegen eine Politik ankämpfen, die in der Geschichte keine gute Stelle einnehmen werde. Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Appell des Vorredners an die Weltgeschichte über die Verderblichkeit der Kornzölle sei nichts als eine tendenziöse Unwahrheit. Man sei mißvergnügt, daß sich Groß- und Kleingrundbesitzer einmal vereinigt hätten, um der bisherigen Ausbeutung ihrer Lage entgegenzutreten; den kleinen Grundbesitzer gegen den großen auszuspielen, sei nichts als ein gewöhnliches sozialistisches Hetzmanöver. Hätten wir 1879 die Schutzzölle nicht eingeführt, so wäre ein allgemeiner wirthschaftlicher Zusammenbruch bei uns erfolgt. Wenn 25 von 45 Millionen der Bevölkerung Noth leiden, so müsse gegen eine solche Kalamität Abhilfe geschaffen werden. Ueber die Mittel dazu sind sich Regierung und Majorität einig. Finden Sie sich mit Ihrem Herzen ab, wie Sie wollen und stellen Sie Ihre Meinung als richtig hin, ich glaube, was ich glaube und lasse mir nichts abstreiten (lebhafter Beifall rechts, lebhaftes Zischen links). Schelpert (Zentrum) plaidirt in drastischer Weise für die Zollerhöhung. Der Freihandel habe uns das Geld aus den Taschen gezogen. Richter polemisirt gegen den Reichskanzler. Die Getreidezölle seien ein Unrecht gegen den armen Mann, den seine Partei dagegen schützen wolle. Der Antrag der freien wirthschaftlichen Vereinigung, den Zoll auf Roggen auf 3 Mark pro Doppelzentner zu erhöhen, wird mit 192 gegen 151 Stimmen angenommen. Dagegen stimmen die Freisinnigen, Sozialdemokraten, Volkspartei, ein Theil der Nationalliberalen und diejenigen Mitglieder des Zentrums und der Reichspartei, welche nur eine Verdoppelung des Roggenzolles wünschten. Mit 229 gegen 113 Stimmen wurde sodann, entsprechend der Regierungsvorlage, der Weizenzoll gleichfalls von 1 auf 3 Mark erhöht. Morgen folgt die Berathung des Sperrgesetzes und die Weiterberathung der Zolltarifnovelle.

— Die Reichstagskommission für das Unfallversicherungsgesetz nahm die Vorlage über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung auf die Transportgewerbe an und tritt Mittwoch in die Berathung des Unfallversicherungsgesetzes für die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter ein. — Dem Reichskanzler ging eine von 108 landwirthschaftlichen Vereinen unterzeichnete Petition zu, worin gebeten wird, es möge die Initiative zur schleunigsten Herstellung der vertragsmäßigen Doppelwährung ergriffen werden. — Dem Bundesrathe ging ein Gesetzentwurf zu über den Schutz des zur Anfertigung von Reichskassenscheinen verwendeten Papiers gegen unbefugte Nachahmungen.

— Die Hochzeit der Prinzessin Heinrich der Niederlande mit dem Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg findet bald nach Ostern statt.

Frankreich. Bei dem gestrigen Begräbniß des Redakteurs Jules Valles erregte ein mit der Aufschrift „die deutschen Sozialisten in Paris ihrem Gefährten" gewidmeter Veilchenkranz großes Aufsehen. Rufe, wie: „Nieder mit Deutschland!" „Verjagt die Deutschen!" drangen durch den Tumult. Am Grabe fanden diese Demonstrationen im Verein mit Steinwürfen und Handgemenge ihre Wiederholung. Vaillant, Rochefort und Redakteure des „Cri du Peuple" hielten Reden, unterbrochen durch die Rufe „Vive la commune, revolution sociale!" Das Auseinandergehen war ruhiger.

— Die Pariser Regierung ist von der englischen Polizei benachrichtigt worden, daß die von ihr gemachten Nachforschungen festgestellt haben, daß Dynamit nicht allein aus Amerika, sondern auch aus Frankreich, und zwar über Calais, nach England eingeführt wird. Infolge dieser Mittheilung ordnete die Regierung Nachforschungen an; sie ist jedoch der Ansicht, daß über Calais nach England gehendes Dynamit in der Schweiz fabrizirt und nur über Frankreich befördert wird.

England. Man erwartet in London das Erscheinen einer königl. Proklamation, welche zehntausend Mann der Reserve einberuft.

SLUB
Wir führen Wissen.